

Sammelbericht

des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen

über die Petitionen Nr. 5, 14 bis 18 und 20 bis 37 sowie über die Bürgerinitiativen Nr. 5 bis 13 und 15 bis 17

Inhaltsverzeichnis

I. Der Berichtspflicht unterliegende Petitionen und Bürgerinitiativen

1. Petitionen

Petition Nr. 5/PET

Petition betreffend "Handymasten NEIN DANKE - Gesundheit geht vor!", überreicht vom Abgeordneten Sigisbert Dolinschek..... 5

Petition Nr. 14/PET

Petition betreffend "Veröffentlichung vorgesehener strategischer Umgebungslärmkarten und darauf basierender Aktionspläne gemäß der Bundes-Umgebungslärmschutzverordnung in Bezug auf die Stadtgemeinde Schwechat", überreicht vom Abgeordneten Hannes Fazekas 5

Petition Nr. 15/PET

Petition betreffend "Österreich als gentechnikfreie Modellregion", überreicht vom Abgeordneten Gerhard Huber. 6

Petition Nr. 16/PET

Petition betreffend "Neues Geld", überreicht von der Abgeordneten Carmen Gartelgruber 6

Petition Nr. 17/PET

Petition betreffend "Verlängerung der U-Bahn (U6) nach Mödling", überreicht vom Abgeordneten Ing. Christian Höbart 7

Petition Nr. 18/PET

Petition betreffend "Gentechnikfreies Osttirol", überreicht von den Abgeordneten Gerhard Huber und Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Pirkhuber 7

Petition Nr. 20/PET

Petition betreffend "Behindertes Kind - ein Schadensfall?", überreicht von der Abgeordneten Anna Franz 8

Petition Nr. 21/PET

Petition betreffend "Brot auf die Teller und nicht in die Tanks", überreicht vom Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Pirkhuber 8

Petition Nr. 22/PET

Petition betreffend "Untertunnelung der A21 im Bereich Brunn/Gebirge und Sparbach (Stufe 1) inklusive Entlastungstunnel bis Mödling (Stufe 2)", überreicht von den Abgeordneten Ing. Christian Höbart und Bernhard Vock. 9

Petition Nr. 23/PET

Petition betreffend "Rettung der Ybbstalbahn mit anschließender Revitalisierung nach Vorbild der attraktiven Pinzgauer Lokalbahn", überreicht vom Abgeordneten Ing. Christian Höbart. 9

Petition Nr. 24/PET

Petition betreffend "Stopp den Ausbau der S31", überreicht von der Abgeordneten Mag. Christiane Brunner 10

Petition Nr. 25/PET

Petition betreffend "Sicheres Wohnen am Froschberg", überreicht vom Abgeordneten Werner Neubauer 10

Petition Nr. 26/PET

Petition betreffend "Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsstudie zur möglichen Wiedererrichtung der Salzkammergut-Lokalbahn", überreicht vom Abgeordneten Mag. Johann Maier 11

Petition Nr. 27/PET

Petition betreffend "Forderungen des European Milk Board (EMB)", überreicht von den Abgeordneten Mag. Kurt Gaßner, Gerhard Huber, Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Pirkhuber und Harald Jannach 11

Petition Nr. 28/PET

Petition betreffend "Mobilfunk-Haftungsfonds für gesundheitliche Folgeschäden", überreicht vom Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Pirkhuber 12

Petition Nr. 30/PET

Petition betreffend "Finanzielle Absicherung von '147 - Rat auf Draht' ", überreicht von der Abgeordneten Angela Lueger 12

Petition Nr. 31/PET

Petition betreffend "Erhaltung der Gesäusebahn", überreicht von den Abgeordneten Dr. Gerhard Kurzmann, Mario Kunasek, Wolfgang Zanger und Dr. Susanne Winter 13

Petition Nr. 32/PET

Petition betreffend "Bahnübergang Hartberg", überreicht vom Abgeordneten
Jochen Pack 13

Petition Nr. 35/PET

Petition betreffend "Alle Railjet müssen in Wörgl halten", überreicht von der
Abgeordneten Carmen Gartelgruber 14

Petition Nr. 36/PET

Petition betreffend "Erhöhung der Zahl der Planstellen der Exekutivbeam-
ten/innen in Wiener Neustadt und die Wiedereröffnung einer Polizeiinspektion",
überreicht von der Abgeordneten Tanja Windbüchler-Souschill 14

2. Bürgerinitiativen**Bürgerinitiative Nr. 5/BI**

Bürgerinitiative betreffend "Sicherung der Apothekenversorgung im ländlichen
Raum - Schutz gegen die geplante EU Liberalisierung" 15

Bürgerinitiative Nr. 6/BI

Bürgerinitiative betreffend "Verhinderung Schottergrube Pichling" 15

Bürgerinitiative Nr. 10/BI

Bürgerinitiative betreffend "Definition von Service- und Signalhunden im Bun-
desbehindertengesetz (analog zu § 39a BBG, BGBl. I Nr. 177/1999 - Definition
von Blindenführhunden)" 16

Bürgerinitiative Nr. 11/BI

Bürgerinitiative betreffend "NGO-freundlichen Änderung der Paragraphen 278 ff
StGB und Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur
Untersuchung der Vorgehensweise der Ermittlungsbehörden im Falle der am 21.
Mai 2008 verhafteten Tierschützer/innen" 16

Bürgerinitiative Nr. 13/BI

Bürgerinitiative betreffend "Einbringung eines Antrages auf Prüfung der Verfas-
sungsmäßigkeit des § 1 Abs. 2, Satz 4 des Pensionskassengesetzes beim Verfas-
sungsgerichtshof durch mindestens ein Drittel der Nationalratsabgeordneten" 17

Bürgerinitiative Nr. 15/BI

Bürgerinitiative betreffend "Reichensteuer jetzt!" 17

II. Zuweisungen**1. Petitionen****Petition Nr. 29/PET**

Petition betreffend "Lärmschutz ÖBB im Wipptal", überreicht vom Abgeordne-

ten Hermann Gahr	18
Petition Nr. 33/PET	
Petition betreffend "Kostenlose Berufsreifeprüfung", überreicht vom Abgeordneten Mag. Johann Maier	18
Petition Nr. 34/PET	
Petition betreffend "CSR-Gütezeichen für gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen", überreicht vom Abgeordneten Mag. Johann Maier	19
Petition Nr. 37/PET	
Petition betreffend "Einführung eines Gerichtstages in Arbeits- und Sozialrechts-sachen am Bezirksgericht St. Johann im Pongau", überreicht vom Abgeordneten Mag. Johann Maier	19

2. Bürgerinitiativen

Bürgerinitiative Nr. 7/BI	
Bürgerinitiative betreffend "Soziale Arbeit ist mehr wert!"	20
Bürgerinitiative Nr. 8/BI	
Bürgerinitiative betreffend "Finanzielle Gleichstellung der Schulen in freier Trägerschaft mit den konfessionellen Privatschulen. GLEICHHEIT FÜR ALLE SCHULKINDER!"	20
Bürgerinitiative Nr. 9/BI	
Bürgerinitiative betreffend "Anti-Mobbing-Gesetz"	21
Bürgerinitiative Nr. 12/BI	
Bürgerinitiative betreffend " 'Wir wollen mitbestimmen' - Bürgerinitiative für mehr Schüler/innenmitbestimmung und Schuldemokratie"	21
Bürgerinitiative Nr. 16/BI	
Bürgerinitiative betreffend "Demokratie macht Schule - MEINE MEINUNG ist nicht wuascht!"	22
Bürgerinitiative Nr. 17/BI	
Bürgerinitiative betreffend "Solidarität mit der Region Niederösterreich Süd - Für ein weiteres Erstaufnahmezentrum im Süden Österreichs zur Entlastung von Traiskirchen"	22

III. Ausschussantrag

Ausschussantrag	23
------------------------------	----

Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen trat am 14. Oktober 2009, am 16. Dezember 2009 sowie am 19. Jänner 2010 zusammen (in der Sitzung am 19. Jänner 2010 wurde ein Hearing zu den Bürgerinitiativen 12/BI und 16/BI abgehalten – siehe unten). In den Einlaufbesprechungen dieser Sitzungen wurden 12 Petitionen und 9 Bürgerinitiativen besprochen. Zu vielen der Anliegen wurden Stellungnahmen eingeholt. Die insgesamt gute Zusammenarbeit mit den angefragten Institutionen soll an dieser Stelle hervorgehoben werden.

Der vorliegende Sammelbericht behandelt die Petitionen 5, 14 bis 18 und 20 bis 37, sowie die Bürgerinitiativen Nr. 5 bis 13 und 15 bis 17. Zur besseren Übersicht über den Verhandlungsverlauf jeder einzelnen Petition bzw. Bürgerinitiative wird im Bericht eine tabellarische Darstellung verwendet.

Was die Gliederung anbelangt, erfolgt zunächst eine Darstellung der der Berichtspflicht unterliegenden Petitionen und Bürgerinitiativen und danach die Auflistung jener Petitionen und Bürgerinitiativen, die einem anderen Ausschuss des Nationalrates zugewiesen wurden.

I. Der Berichtspflicht unterliegende Petitionen und Bürgerinitiativen

1. Petitionen

5/PET Petition betreffend "Handymasten NEIN DANKE - Gesundheit geht vor!" (16.12.2008)				
überreicht durch den Abgeordneten	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Sigisbert DOLINSCHKE	17.12.2008	19.02.2009 25.06.2009 14.10.2009	BMVIT (10.03.2009) BMG (07.05.2009) BMLFUW (16.07.2009) BMWVJ (14.08.2009)	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Petition:

Abgeordneter Sigisbert Dolinschek hat dem Nationalrat die gegenständliche Petition vorgelegt. Die UnterzeichnerInnen fordern eine Novellierung des Telekommunikationsgesetzes, die sicherstellen soll, dass künftig keine Handymasten mehr gegen den Willen der Bevölkerung aufgestellt werden. Beim Bau von Handymasten stehe derzeit ausschließlich der Versorgungsauftrag der Mobilfunkbetreiber im Vordergrund, hält die Petition fest, gesundheitliche Bedenken blieben auf der Strecke. Die BürgerInnen würden mit ihren Ängsten und Sorgen allein gelassen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 14. Oktober 2009 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichts zu erledigen.

14/PET Petition betreffend "Veröffentlichung vorgesehener strategischer Umgebungslärmkarten und darauf basierender Aktionspläne gemäß der Bundes-Umgebungslärmschutzverordnung in Bezug auf die Stadtgemeinde Schwechat" (20.02.2009)				
überreicht durch den Abgeordneten	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Hannes FAZEKAS	25.02.2009	25.06.2009 14.10.2009	BMVIT (30.07.2009) BMLFUW (14.08.2009)	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Petition:

Abgeordneter Hannes Fazekas hat diese Petition eingebracht. Unter anderem fordert Fazekas, der auch Bürgermeister von Schwechat ist, ein Tempolimit von 80 km/h auf der Ostautobahn A4 zwischen der

Wiener Stadtgrenze und der Ausfahrt Flughafen Wien und begründet dies damit, dass die erstellten Lärmkarten für den Schwechater Straßenraum in manchen Gebieten eklatante Überschreitungen der Richtwerte aufweisen. Zum Teil ist ihm zufolge der Lärmpegel in den Wohngebieten um mehr als 15 Dezibel zu hoch. Fazekas wertet es aber auch als unverständlich, dass Schwechat in der Bundes-Umgebungslärmschutzverordnung nicht zum Ballungsraum Wien hinzugerechnet wird. Das habe zur Folge, dass die verschiedenen Lärmmissionen in der Gemeinde – Straße, Schiene, Flugverkehr, Industrieanlagen – nur einzeln, aber nicht summenhaft erfasst würden.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 14. Oktober 2009 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichts zu erledigen.

15/PET Petition betreffend "Österreich als gentechnikfreie Modellregion" (25.02.2009)				
überreicht durch den Abgeordneten	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Gerhard HUBER	25.02.2009	25.06.2009 14.10.2009	BMLFUW (23.07.2009) BMG (07.09.2009)	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Petition:

Abgeordneter Gerhard Huber hat diese Petition dem Nationalrat überreicht. Er drängt darauf, Österreich zu einer gentechnikfreien Modellregion zu machen und in diesem Sinn den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen umfassend zu verbieten. Ebenso soll ein Fütterungsverbot gentechnisch veränderter Futtermittel verankert werden. Österreich müsse sich, so die Petition, "dem Diktat der EU-Kommission entgegenstellen".

Beschluss:

In seiner Sitzung am 14. Oktober 2009 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichts zu erledigen.

16/PET Petition betreffend "Neues Geld" (25.02.2009)				
überreicht durch die Abgeordnete	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Carmen GARTELHUBER	26.02.2009	25.06.2009 14.10.2009	BMF (31.08.2009)	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Petition:

Geht es nach dieser von Abgeordneter Carmen Gartelgruber dem Nationalrat vorgelegten Petition, sollen abseits des bestehenden Geldsystems andere Zahlungs- und Verrechnungsformen forciert werden. Als Beispiele werden dabei etwa Zeitvorsorgemodelle wie der Talente-Tauschkreis in Vorarlberg, Tauschsysteme, Zeitbanken, Regiogeld und Barterringe zur unkomplizierten Unterstützung klein- und mittelständischer Wirtschaftsbetriebe genannt. Derartige komplementäre "Geldsysteme" könnten dem Gemeinwohl eher dienen und seien zum Teil wesentlich krisenresistenter als das herrschende Finanzsystem, argumentiert Gartelgruber und spricht sich unter anderem dafür aus, die Rahmenbedingungen für "Komplementärwährungen" unter die Lupe zu nehmen und gegebenenfalls zu verbessern sowie einen eigenen Univeritätslehrstuhl zu dieser Thematik einzurichten. Deziert wendet sich die Abgeordnete gegen einen "auf Zinseszins und Spekulation aufgebauten Kapitalismus", der ihrer Ansicht nach die Wirtschaft unter unendlichen Wachstumszwang stellt und letztlich in Ausbeutung von Mensch und Natur mündet und regelmäßig massive Krisen auslöst.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 14. Oktober 2009 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichts zu erledigen.

17/PET Petition betreffend "Verlängerung der U-Bahn (U6) nach Mödling" (26.02.2009)				
überreicht durch den Abgeordneten	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Ing. Christian HÖBART	26.02.2009	25.06.2009 14.10.2009	BMVIT (16.07.2009)	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Petition:

Diese vom Abgeordneten Christian Höbart überreichte Petition spricht sich für eine Verlängerung der U-Bahn-Linie U6 nach Mödling aus. Eine solche Verlängerung wäre angesichts der großen Zahl von PendlerInnen, die täglich aus dem Bezirk Mödling nach Wien fahren, dringend notwendig, heißt es in der Begründung. Höbart erwartet sich unter anderem eine Hebung der Lebensqualität der AnrainerInnen sowie eine Reduktion des Autoverkehrs und damit verbunden weniger Luftverschmutzung und weniger Staus.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 14. Oktober 2009 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichts zu erledigen.

18/PET Petition betreffend "Gentechnikfreies Osttirol" (Initiative „Gentechnikfreies Osttirol“) (26.02.2009)				
überreicht durch die Abgeordneten	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Gerhard HUBER DI Dr. Wolfgang PIRKLHUBER	26.02.2009	25.06.2009 14.10.2009	BMLFUW (28.07.2009) BMG (07.09.2009)	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Petition:

In dieser von den Abgeordneten Gerhard Huber und DI Dr. Wolfgang Pirkhuber vorgelegten Petition geht es um ein Anbauverbot gentechnisch veränderter Pflanzen. Die "Initiative Gentechnikfreies Osttirol" hat 1.139 Unterschriften für ein gentechnikfreies Tirol und eine klare Kennzeichnung aller Nahrungsmittel mit gentechnisch veränderten Organismen gesammelt und wurde dabei von zahlreichen lokalen Gruppierungen, Vereinen, Wirtschaftstreibenden und Landwirten unterstützt. Auch Produkte von Tieren (Milch, Fleisch, Eier), die mit gentechnisch veränderten Organismen gefüttert wurden, sollen nach Wunsch der UnterzeichnerInnen unter die Kennzeichnungspflicht fallen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 14. Oktober 2009 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichts zu erledigen.

20/PET Petition betreffend "Behindertes Kind - ein Schadensfall?" (26.02.2009)				
überreicht durch die Abgeordnete	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Anna FRANZ	02.03.2009	25.06.2009 14.10.2009 16.12.2009 19.01.2010	BMJ (14.08.2009) BMG (20.11.2009)	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Petition:

Die von der Abgeordneten Anna Franz dem Nationalrat vorgelegte Petition wendet sich dagegen, die Geburt eines behinderten Kindes als "Schadensfall" zu werten. Anlass dafür ist ein Urteil des Obersten Gerichtshofs, mit dem Eltern für ein mit Down-Syndrom geborenes Kind Unterhaltszahlungen zuerkannt worden waren, weil der behandelnde Arzt die schwangere Frau nicht ausreichend über die mögliche schwere Behinderung des Kindes aufgeklärt hatte. Es dürfe nicht sein, dass jemandem Schadenersatz zustehet, wenn ein Kind behindert geboren wird, auch dann nicht, wenn dessen Geburt bei rechtzeitiger Kenntnis der Behinderung durch Schwangerschaftsabbruch verhindert werden hätte können, heißt es in der Petition. Auch behinderte Kinder seien der Gesellschaft in höchstem Maße willkommen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 19. Jänner 2010 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme zu erledigen.

21/PET Petition betreffend "Brot auf die Teller und nicht in die Tanks" (06.03.2009)				
überreicht durch den Abgeordneten	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
DI Dr. Wolfgang PIRKLHUBER	11.03.2009	25.06.2009 14.10.2009	BMWFJ (14.08.2009) BMLFUW (07.09.2009) BMeiA (09.10.2009)	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Petition:

Abgeordneter Wolfgang Pirkhuber hat dem Nationalrat diese Petition vorgelegt. Den UnterzeichnerInnen geht es dabei vor allem darum, Konkurrenz zwischen Nahrungsmittelproduktion und Energieproduktion zu vermeiden. In diesem Sinn sprechen sie sich dafür aus, für die Energiegewinnung aus Biomasse ausschließlich organische Abfallstoffe (z.B. Erntereste) sowie Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft zuzulassen. Ebenso soll der Zwang zur Beimischung von Biosprit zu herkömmlichen Treibstoffen beseitigt werden. Initiiert wurde die Petition, die von zahlreichen Organisationen unterstützt wird, von der Initiative SOL.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 14. Oktober 2009 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichts zu erledigen.

22/PET Petition betreffend "Untertunnelung der A21 im Bereich Brunn/Gebirge und Sparbach (Stufe 1) inklusive Entlastungstunnel bis Mödling (Stufe 2)" (31.03.2009)				
überreicht durch die Abgeordneten	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Ing. Christian HÖBART Bernhard VOCK	31.03.2009	25.06.2009 14.10.2009	BMVIT (14.08.2009)	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Petition:

Die beiden Abgeordneten Christian Höbart und Bernhard Vock haben dem Nationalrat eine Petition übermittelt, die in einem ersten Schritt auf eine Untertunnelung der A21 im Bereich Brunn am Gebirge und Sparbach sowie in weiterer Folge auf den Bau eines Entlastungstunnels bis Mödling abzielt. Begründet wird die Forderung mit der erheblichen Emissions- und Lärmbelastung in diesem Streckenabschnitt. Als Vorbild für den Tunnelbau zur Entlastung der Wohnbevölkerung werden der Grazer Plabutschunnel und das Projekt Stuttgart/Leonberg in Deutschland genannt.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 14. Oktober 2009 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichts zu erledigen.

23/PET Petition betreffend "Rettung der Ybbstalbahn mit anschließender Revitalisierung nach Vorbild der attraktiven Pinzgauer Lokalbahn" (31.03.2009)				
überreicht durch den Abgeordneten	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Ing. Christian HÖBART	31.03.2009	25.06.2009 14.10.2009	BMVIT (16.07.2009)	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Petition:

Diese Petition wendet sich gegen die Einstellung der Ybbstalbahn. Es gebe zahlreiche Indizien dafür, dass künftig entlang der Strecke nur noch Busse eingesetzt werden sollen, heißt es darin. Dem hält die Petition entgegen, dass die Ybbstalbahn zahlreiche SchülerInnen und PendlerInnen beförderte und zudem ein Tourismusmagnet vor allem für RadtouristInnen sei. Überdies sichere die Bahn rund 50 Arbeitsplätze. Höbart drängt daher auf eine Modernisierung der Bahnstrecke nach dem Vorbild der Pinzgauer Lokalbahn. Diese ist für ihn ein Paradebeispiel für eine gelungene Revitalisierung mit einem Bus-/Bahn-Kombinationsmodell.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 14. Oktober 2009 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichts zu erledigen.

24/PET Petition betreffend "Stopp den Ausbau der S31" (14.04.2009)				
überreicht durch die Abgeordnete	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Mag. Christiane BRUNNER	15.04.2009	25.06.2009 14.10.2009	BMVIT (14.08.2009) BMLFUW (07.09.2009)	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Petition:

Diese von Abgeordneter Christiane Brunner vorgelegte Petition fordert den Stopp des Ausbaus der S 31. Das unabhängige Bürgerforum Schützen (uBf) und die Bürgerinitiative Schützen (BIS) verlangen, die Planungen für den Abschnitt Eisenstadt – Schützen sofort einzustellen, da nur so eine drohende Transitlawine verhindert werden könne. Die Weiterführung der S 31 würde durch Wohngebiete führen und Naherholungsgebiet zerschneiden, gibt die Petition zu bedenken. Auch die UNESCO Welterberegion und Genussregion "Leithaberger Edelkirsche" sehen die UnterzeichnerInnen gefährdet.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 14. Oktober 2009 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichts zu erledigen.

25/PET Petition betreffend "Sicheres Wohnen am Froschberg" (22.04.2009)				
überreicht durch den Abgeordneten	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Werner NEUBAUER	28.04.2009	25.06.2009 14.10.2009	BMI (28.07.2009)	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Petition:

Diese vom Abgeordneten Werner Neubauer dem Nationalrat übermittelte Petition zielt auf die Erhöhung der Sicherheit am Linzer Froschberg ab. Der Petition zufolge verunsichert eine Serie von Einbrüchen die in diesem Stadtteil lebenden EinwohnerInnen, manche würden nicht mehr ausgehen, um einen Einbruchdiebstahl zu vermeiden. Neubauer fordert in diesem Sinn, das ehemalige Polizei-Wachzimmer am Froschberg wieder zu eröffnen, die Präsenz der Polizei in Leonding zu verstärken und den Einbau von Alarmanlagen finanziell zu fördern. Außerdem wünscht er sich Verhandlungen der Politik mit den Versicherungskonzernen, um Prämienbegünstigungen bei Haushaltsversicherungen im Falle einer vorhandenen Alarmanlage zu erwirken.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 14. Oktober 2009 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichts zu erledigen.

26/PET Petition betreffend "Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsstudie zur möglichen Wiedererrichtung der Salzkammergut-Lokalbahn" (27.04.2009)				
überreicht durch den Abgeordneten	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Mag. Johann MAIER	30.04.2009	25.06.2009 14.10.2009 16.12.2009	BMWFJ (14.08.2009) BMF (31.08.2009) BMVIT (19.11.2009)	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Petition:

SPÖ-Abgeordneter Johann Maier hat dem Nationalrat eine Petition betreffend die Durchführung einer Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsstudie zur möglichen Wiedererrichtung der Salzkammergut-Lokalbahn überreicht. Die so genannte "Ischlerbahn" verband von 1893 bis 1957 Salzburg mit Mondsee, Wolfgangsee sowie Bad Ischl und wurde danach eingestellt.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 16. Dezember 2009 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichts zu erledigen.

27/PET Petition betreffend "Forderungen des European Milk Board (EMB)" (12.05.2009)				
überreicht durch den Abgeordneten	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Mag. Kurt GASSNER Gerhard HUBER Dipl. Ing. Dr. Wolfgang PIRKLHUBER Harald JANNACH	14.05.2009	25.06.2009 14.10.2009 16.12.2009 19.01.2010	BMLFUW (14.08.2009) BMLFUW (22.10.2009) BMLFUW (14.01.2010)	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Petition:

Die Forderungen des European Milk Board (EMB) wurden hier dem Nationalrat von vier Abgeordneten als Petition vorgelegt. Unter anderem fordern die im Board zusammengeschlossenen Milcherzeuger eine umgehende Flexibilisierung der Mengenregelung und damit zusammenhängend die Schaffung von Quotenreserven, die Belassung des Fettkorrekturfaktors auf dem bisherigem Stand von 0,18 sowie einen einmaligen Aufkauf überschüssiger Produkte zur Entlastung des Marktes. Maßstab für Quotenanpassungen soll dabei ihrer Vorstellung nach ein kostendeckender Milchpreis sein. Nur ein ausbalancierter Milchmarkt könne, so die Milcherzeuger, die Zukunft der Milchbetriebe und damit die Versorgung der Verbraucher mit qualitativ hochwertigen Milchprodukten absichern

Beschluss:

In seiner Sitzung am 19. Jänner 2010 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichts zu erledigen.

28/PET Petition betreffend "Mobilfunk-Haftungsfonds für gesundheitliche Folgeschäden" (16.06.2009)				
überreicht durch den Abgeordneten	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Dipl. Ing. Dr. Wolfgang PIRKLHUBER	17.06.2009	25.06.2009 14.10.2009	BMVIT (24.07.2009) BMJ (14.08.2009)	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Petition:

Abgeordneter Wolfgang Pirkhuber hat dem Nationalrat diese Petition übermittelt, die auf die Einrichtung eines Haftungsfonds für allfällige gesundheitliche Folgeschäden aus dem Betrieb von Mobilfunknetzen und dem Gebrauch von Handys abzielt. Die UnterzeichnerInnen schlagen vor, den Fonds jährlich mit einem Betrag von 3 € pro in Österreich betriebenen Handy zu dotieren. Begründet wird die Forderung damit, dass eine wachsende Zahl seriöser Studien auf erhöhte Gesundheitsrisiken für HandybenutzerInnen und AnrainerInnen von Handymasten hinweise, ohne dass es seitens der Mobilfunk-Betreiber Haftungsverpflichtungen gebe.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 14. Oktober 2009 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichts zu erledigen.

30/PET Petition betreffend "Finanzielle Absicherung von '147 - Rat auf Draht' " (17.06.2009)				
überreicht durch die Abgeordnete	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Angela LUEGER	19.06.2009	25.06.2009 14.10.2009 16.12.2009 19.01.2010	BMWFJ (14.08.2009) BMUKK (14.08.2009) BKA (20.08.2009) BMI (26.08.2009) BMF (31.08.2009) BMASK (02.09.2009) BMLFUW (11.11.2009) BKA (30.10.2009) BMWF (25.11.2009) BMLS (23.11.2009) BMVIT (19.11.2009) BMG (20.11.2009) BMJ (15.12.2009) BMEIA (14.01.2010)	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Petition:

Das Netzwerk Kinderrechte Österreich, ein Zusammenschluss von 30-Kinderrechte-Organisationen und – Institutionen, wendet sich in Form einer Petition an den Nationalrat, um das im Jahr 1987 vom ORF ins Leben gerufene Projekt "147 – Rat auf Draht" finanziell abzusichern. Nach Meinung des Netzwerks ist eine Erhöhung der Mittel der öffentlichen Hand für den kostenlosen 24-Stunden-Notruf für Kinder und Jugendliche dringend notwendig. "Rat auf Draht" habe immer ein offenes Ohr für Ängste und Probleme, zeige Perspektiven auf und leiste damit auch einen wesentlichen präventiven Beitrag, betonen die InitiatorInnen, jährlich würden rund 120.000 Telefonberatungen und mehr als 4.000 Online-Beratungen durchgeführt. Das Netzwerk fürchtet, dass "Rat auf Draht" aufgrund der auch den ORF treffenden Finanzkrise ohne zusätzliche öffentliche Förderungen gefährdet ist. Eingbracht wurde die Petition von SPÖ-Abgeordneter Angela Lueger.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 19. Jänner 2010 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichts zu erledigen.

31/PET Petition betreffend "Erhaltung der Gesäusebahn" (09.07.2009)				
überreicht durch die Abgeordneten	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Dr. Gerhard KURZ-MANN Mario KUNASEK Wolfgang ZANGER Dr. Susanne WINTER	15.07.2009	14.10.2009 16.12.2009	BMWFJ (23.11.2009) BMVIT (19.11.2009)	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Petition:

Eine von mehreren FPÖ-Abgeordneten vorgelegte Petition drängt auf die Erhaltung der steirischen Gesäusebahn. Die Eisenbahnstrecke durch das Gesäuse gehöre zu den schönsten Bahnstrecken Österreichs und führe zudem durch einen einzigartigen Nationalpark, heißt es in der Begründung. Außerdem sei die Bahnverbindung zwischen St. Valentin (NÖ) und Selzthal (St) ein wichtiges Verkehrsmittel für Pendler. Gefordert werden auch attraktivere Fahrpläne, die den Bedürfnissen von Pendlern und anderen Bahnreisenden entsprechen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 16. Dezember 2009 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichts zu erledigen.

32/PET Petition betreffend "Bahnübergang Hartberg" (09.07.2009)				
überreicht durch den Abgeordneten	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Jochen PACK	15.07.2009	14.10.2009 16.12.2009	BMVIT (19.11.2009)	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Petition:

Diese Petition wendet sich gegen die Schließung der Eisenbahnkreuzung "Ferdinand Leihstraße" in Hartberg. Das Unternehmen Lagerhaus Wechselgau, laut Petition ein Leitbetrieb im Bezirk Hartberg mit 220 Mitarbeitern und 11 Standorten, gibt zu bedenken, dass durch die Schließung der Eisenbahnkreuzung die direkte Verbindung zwischen zwei einander ergänzenden Standorten unterbrochen wird und Kunden bei der Frequentierung beider Standorte beträchtliche Umwege in Kauf nehmen müssten. Auch Landwirte bei der Erntelieferung seien betroffen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 16. Dezember 2009 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichts zu erledigen.

35/PET Petition betreffend "Alle Railjet müssen in Wörgl halten" (10.07.2009)				
überreicht durch die Abgeordnete	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Carmen GARTELGRUBER	15.07.2009	14.10.2009		Kenntnisnahme <i>Anmerkung:</i> Die sofortige Erledigung durch Kenntnisnahme wurde damit begründet, dass das Anliegen von den ÖBB mittlerweile umgesetzt wurde.

Zu den Anliegen dieser Petition:

Das Anliegen dieser von Abgeordneter Carmen Gartlgruber überreichten Petition ist ein durchgängiger Stopp der neuen ÖBB-Railjets im Bahnhof Wörgl. Die UnterzeichnerInnen zeigen kein Verständnis dafür, dass die geplante neue Städteschnellverbindung der ÖBB zwischen Vorarlberg und Wien voraussichtlich zwar mehrmals in Vorarlberg und im Tiroler Oberland halten, zwischen Innsbruck und Salzburg aber durchfahren solle. Der Wirtschaftsraum Wörgl sei einer der dynamischsten und am stärksten wachsenden Westösterreichs, heißt es in der Petition, zudem sei Wörgl Schulstadt mit mehr als 10 Schulen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 14. Oktober 2009 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichts zu erledigen.

36/PET Petition betreffend "Erhöhung der Zahl der Planstellen der Exekutivbeamten/innen in Wiener Neustadt und die Wiedereröffnung einer Polizeiinspektion" (13.07.2009)				
überreicht durch die Abgeordnete	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Tanja WINDBÜCHLER-SOUSCHILL	15.07.2009	14.10.2009 16.12.2009	BMI (18.11.2009)	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Petition:

In dieser Petition, die auf einem Beschluss des Gemeinderats von Wiener Neustadt vom Juni 2009 basiert, wird eine Erhöhung der Planstellen für ExekutivbeamtenInnen in Wiener Neustadt sowie die Wiedereröffnung der geschlossenen Polizeiinspektion am Hauptplatz gefordert. Begründet wird die Forderung mit mehreren Vorfällen in der Innenstadt und den umliegenden Parkanlagen, darunter die Tötung eines Menschen in der videoüberwachten Herrengasse.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 16. Dezember 2009 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichts zu erledigen.

2. Bürgerinitiativen

5/BI Bürgerinitiative "Sicherung der Apothekenversorgung im ländlichen Raum - Schutz gegen die geplante EU Liberalisierung" (07.05.2009)				
überreicht durch	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Mag. Werner LUKS	13.05.2009	25.06.2009 14.10.2009	BMG (14.08.2009)	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Diese Bürgerinitiative sorgt sich um die Medikamentenversorgung im ländlichen Raum. In vielen ländlichen Gebieten sei eine optimale Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln nicht gewährleistet, meinen die UnterzeichnerInnen. Viele PatientInnen müssten lange Wege in Kauf nehmen, um benötigte Medikamente zu bekommen. Gefordert wird daher die Zulassung weiterer Filialapotheken und die Einrichtung von Medikamenten-Zustelldiensten durch Apotheken. Initiator der Bürgerinitiative, Mag. Werner Luks, ist ein Apotheker aus der niederösterreichischen Gemeinde Ybbs an der Donau.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 14. Oktober 2009 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit beschlossen, diese Bürgerinitiative durch Kenntnisnahme des Ausschussberichts zu erledigen.

6/BI Bürgerinitiative" Verhinderung Schottergrube Pichling" (15.05.2009)				
überreicht durch	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
DI Dr. Christian PAULIK	25.05.2009	25.06.2009 14.10.2009	BMVIT (16.07.2009) BMLFUW (28.07.2009) BMWVJ (03.08.2009)	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Diese Bürgerinitiative will die Errichtung der Schottergrube Pichling verhindern und wendet sich daher mit dem Ersuchen um Novellierung des Mineralrohstoffgesetzes und des Umweltverträglichkeitsprüfungs-Gesetzes an den Nationalrat. Die UnterzeichnerInnen fordern unter anderem ein Stärkung des Anrainerschutzes bei der Gewinnung von Massenrohstoffen, die Berücksichtigung von Verkehrsemissionen bei der Prüfung von Abbau-Anträgen und die Erstellung eines österreichweiten rechtsverbindlichen Rohstoffplans. Außerdem soll ihnen zufolge die Umgehung einer Umweltverträglichkeitsprüfung durch nacheinander eingereichte Projekte künftig ausgeschlossen sein.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 14. Oktober 2009 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit beschlossen, diese Bürgerinitiative durch Kenntnisnahme des Ausschussberichts zu erledigen.

10/BI Bürgerinitiative "Definition von Service- und Signalhunden im Bundesbehindertengesetz (analog zu § 39a BBG, BGBl. I Nr. 177/1999 - Definition von Blindenführhunden)" (19.06.2009)				
überreicht durch	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Ing. Monika GEFING	22.06.2009	14.10.2009 16.12.2009	BMASK (19.11.2009)	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Die Bürgerinitiative spricht sich dafür aus, Service- und Signalhunde im Bundesbehindertengesetz zu verankern. Damit wollen die UnterzeichnerInnen eine Gleichstellung solcher Hunde mit Blindenführhunden erreichen. Bei Service- und Signalhunden handelt es sich um besonders ausgesuchte und ausgebildete Hunde, die gehörlosen, hochgradig hörbehinderten, körperbehinderten und anfallkranken Menschen helfen, ihre Behinderung so weit wie möglich zu kompensieren. Voraussetzung für die Bezeichnung als Signalhund und als Servicehund soll laut Bürgerinitiative eine positive Beurteilung durch Sachverständige – unter Einbeziehung Betroffener – sein.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 16. Dezember 2009 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichts zu erledigen.

11/BI Bürgerinitiative "NGO-freundlichen Änderung der Paragraphen 278 ff StGB und Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der Vorgehensweise der Ermittlungsbehörden im Falle der am 21. Mai 2008 verhafteten Tierschützer/innen" (29.06.2009)				
überreicht durch	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Mag. Klaus WERNER- LOBO DE REZENDE	02.07.2009	14.10.2009		Kenntnisnahme <i>Anmerkung:</i> Die sofortige Erledigung durch Kenntnisnahme wurde damit begründet, dass sich der Justizausschuss mit dieser Frage befasst.

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Diese Bürgerinitiative zielt auf eine Änderung der Bestimmungen im Strafgesetzbuch ab. Geht es nach den UnterzeichnerInnen, soll es in Hinkunft nicht mehr möglich sein, gegen NGOs und politische aktive Menschen auf Basis der §§ 278ff StGB vorzugehen. Vielmehr sollten die entsprechenden Paragraphen ausschließlich im Falle von kriminellen, mafiosen und terroristischen Strukturen zur Anwendung kommen, heißt es seitens der Initiative. Zudem wird die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gefordert, der die Rechtmäßigkeit der Anwendung von § 278a (Kriminelle Organisation) gegen TierschützerInnen prüfen soll.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 14. Oktober 2009 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit beschlossen, diese Bürgerinitiative durch Kenntnisnahme des Ausschussberichts zu erledigen.

13/BI Bürgerinitiative "Einbringung eines Antrages auf Prüfung der Verfassungsmäßigkeit des § 1 Abs. 2, Satz 4 des Pensionskassengesetzes beim Verfassungsgerichtshof durch mindestens ein Drittel der Nationalratsabgeordneten" (18.09.2009)				
überreicht durch	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Mag. Dr. Karl POUR	24.09.2009	14.10.2009 16.12.2009 19.01.2010	BMF (02.11.2009) BMASK (11.12.2009)	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Der Schutzverband der Pensionskassenberechtigten hat sich in Form einer Bürgerinitiative an den Nationalrat gewendet. Die UnterzeichnerInnen ersuchen die Abgeordneten, einen bestimmten Paragraphen des Pensionskassengesetzes durch den Verfassungsgerichtshof prüfen zu lassen. Konkret geht es dabei um die grundsätzlich fehlende Ausstiegsmöglichkeit für PensionsbezieherInnen bzw. Anwartschaftsberechtigte aus der Pensionskasse. Dem Schutzverband zufolge haben Betroffene in den letzten zehn Jahren bis zu 45 % Pensionskürzungen hinnehmen müssen, ohne dass sie die Möglichkeit hätten, das angesparte Kapital aus der Pensionskasse herauszunehmen und individuell zu veranlagen. Gefordert werden außerdem steuerliche Maßnahmen zur Abfederung bereits erlittener Verluste und die Einführung einer "Mindestertraggarantie Neu". Für eine Anfechtung des Pensionskassengesetzes beim VfGH werden ein Drittel der Abgeordneten benötigt.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 19. Jänner 2010 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichts zu erledigen.

15/BI Bürgerinitiative "Reichensteuer jetzt!" (06.11.2009)				
überreicht durch	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Claudia KLIMT-WEITHALER	12.11.2009	16.12.2009 19.01.2010	BMF (15.01.2010)	Kenntnisnahme

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Mit dem Begehren "Reichensteuer jetzt!" wendet sich eine Bürgerinitiative an den Nationalrat. Die UnterzeichnerInnen fordern, Vermögen von mehr als einer Million Euro mit einer Vermögenssteuer von 5 Prozent zu besteuern. Die Einnahmen sollen für Beschäftigungsprogramme, Armutsbekämpfung und Existenzsicherung zweckgebunden werden.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 19. Jänner 2010 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit beschlossen, diese Petition durch Kenntnisnahme des Ausschussberichts zu erledigen.

II. Zuweisungen

1. Petitionen

29/PET Petition betreffend "Lärmschutz ÖBB im Wipptal" (16.06.2009)				
überreicht durch den Abgeordneten	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Hermann GAHR	17.06.2009	25.06.2009 14.10.2009	BMVIT (22.07.2009)	Zuweisung an: Verkehrsausschuss

Zu den Anliegen dieser Petition:

Diese vom Abgeordneten Hermann Gahr dem Nationalrat vorgelegte Petition hat die Errichtung von zusätzlichen Lärmschutzwänden entlang der Bahnstrecke im Wipptal zum Ziel. Der Personen- und Güterverkehr habe in den letzten Jahren massiv zugenommen, heißt es in der Begründung, man dürfe die betroffene Bevölkerung nicht auf den Bau des frühestens 2020 fertig gestellten Brenner Basis Tunnel vertrösten. Abgeordnetem Gahr zufolge ist der Lärmschutz insbesondere in folgenden Zonen ungenügend: Leimbühel-Siedlung in Navis, Haslach-Siedlung in Pfons, Bahnhofsgelände in Matrei, nördlicher Gemeindeeinfahrtbereich in Mühlbachl.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 14. Oktober 2009 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Petition dem Verkehrsausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

33/PET Petition betreffend "Kostenlose Berufsreifepfung" (09.07.2009)				
überreicht durch den Abgeordneten	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Mag. Johann MAIER	15.07.2009	14.10.2009 16.12.2009	BMF (16.11.2009) BMUKK (26.11.2009)	Zuweisung an: Unterrichtsausschuss

Zu den Anliegen dieser Petition:

Diese Petition zielt auf die Einführung einer kostenlosen Berufsreifepfung ab. Initiatorin Claudia Mörtl macht geltend, dass das kostenlos zugängliche Modell "Lehre mit Matura" höchst erfolgreich laufe, und fordert in diesem Sinn eine kostenlose Berufsreifepfung für alle. Gerade in Zeiten der Krise sei es unabdingbar, dass Menschen die Möglichkeit haben, ihre Qualifikation weiterzuentwickeln, heißt es in der Petition. Mörtl rechnet – bei durchschnittlichen Kurskosten pro TeilnehmerIn in der Höhe von rund 4.000 €- mit einem jährlichen Finanzierungsbedarf von 4,8 bis 5,6 Mio. €

Beschluss:

In seiner Sitzung am 16. Dezember 2009 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Petition dem Unterrichtsausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

34/PET Petition betreffend "CSR-Gütezeichen für gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen" (10.07.2009)				
überreicht durch den Abgeordneten	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Mag. Johann MAIER	15.07.2009	14.10.2009 16.12.2009	BMASK (25.11.2009) BMWfJ (19.11.2009) BMLFUW (26.11.2009)	Zuweisung an: Ausschuss für Wirtschaft und Industrie

Zu den Anliegen dieser Petition:

Diese Petition hat die Einführung eines "CSR-Gütezeichens" für Unternehmen zum Ziel. Damit sollen Unternehmen ausgezeichnet werden, die soziale und ökologische Verantwortung tragen und auf nachhaltige Unternehmensführung setzen. Konsumentinnen und Konsumenten hätten ein recht hohes Interesse an sozial verantwortungsvoll handelnden Unternehmen, argumentiert Initiatorin Petra Lehner und weist zudem auf die Bedeutung von Corporate Social Responsibility in Zeiten der Finanzkrise hin. Geht es nach ihr und Abgeordnetem Maier soll auch die Etablierung einer CSR-Strategie in Unternehmen aktiv unterstützt, das Gütezeichen durch entsprechende Informations- und Öffentlichkeitsarbeit beworben und ein Bericht über die Umsetzung der österreichischen pro-aktiven CSR-Strategie vorgelegt werden.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 16. Dezember 2009 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Petition dem Ausschuss für Wirtschaft und Industrie des Nationalrates zuzuweisen.

37/PET Petition betreffend "Einführung eines Gerichtstages in Arbeits- und Sozialrechtssachen am Bezirksgericht St. Johann im Pongau" (05.10.2009)				
überreicht durch den Abgeordneten	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Mag. Johann MAIER	07.10.2009	14.10.2009 16.12.2009 19.01.2010	BMJ (15.12.2009)	Zuweisung an: Justizausschuss

Zu den Anliegen dieser Petition:

Die vom Vizebürgermeister der Gemeinde Bischofshofen, Hansjörg Obinger, initiierte Petition hat die Einführung eines Gerichtstages in Arbeits- und Sozialrechtssachen am Bezirksgericht St. Johann im Pongau zum Ziel. Es wird darauf hingewiesen, dass es am Bezirksgericht Zell am See und am Bezirksgericht Tamsweg regelmäßig entsprechende Gerichtstage gibt, während betroffene ArbeitnehmerInnen aus dem Pongau 70 bis 100 Kilometer weit nach Salzburg anreisen müssten. Und dies obwohl die Bezirksstelle Pongau der Arbeiterkammer Salzburg in den vergangenen Jahren durchwegs mehr ArbeitnehmerInnen in Arbeitsgerichtsverfahren betreut hat als die Bezirksstelle Pinzgau, wie eine Aufstellung zeigt.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 19. Jänner 2010 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Petition dem Justizausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

2. Bürgerinitiativen

7/BI Bürgerinitiative "Soziale Arbeit ist mehr wert!" (20.05.2009)				
überreicht durch	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Wolfgang KATZIAN	20.05.2009	25.06.2009 14.10.2009	BMWFJ (14.08.2009) BMG (14.08.2009) BMASK (14.08.2009) BMF (28.08.2009)	Zuweisung an: Ausschuss für Arbeit und Soziales

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Diese von der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus und Papier gemeinsam mit der Gewerkschaft vida initiierte Bürgerinitiative spricht sich für die Bereitstellung einer "Sozialmilliarde" zur Stärkung von Sozial- und Gesundheitsdiensten aus. Die UnterzeichnerInnen verweisen darin unter anderem auf die schwierige und belastende Arbeit im Bereich des Sozial- und Gesundheitswesens, die ihrer Meinung nach nur unzureichende Anerkennung findet, und machen auf chronische Finanzierungsengepässe von gemeinnützigen Vereinen und karitativen Organisationen aufmerksam. Sie erachten es daher als notwendig, auch die Gesundheits- und Sozialdienste in Form von Konjunkturpaketen zu stützen und für ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Betreuungsangebot, die Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze, attraktivere Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung sowie Investitionen in soziale Infrastruktur eine "Sozialmilliarde" zur Verfügung zu stellen.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 14. Oktober 2009 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Petition dem Ausschuss für Arbeit und Soziales des Nationalrates zuzuweisen.

8/BI "Finanzielle Gleichstellung der Schulen in freier Trägerschaft mit den konfessionellen Privatschulen. GLEICHHEIT FÜR ALLE SCHULKINDER!" (08.06.2009)				
überreicht durch	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Alexandra LÖFFLER	09.06.2009	25.06.2009 14.10.2009	BMUKK (31.08.2009)	Zuweisung an: Unterrichtsausschuss

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Ziel dieser Bürgerinitiative ist die finanzielle Gleichstellung aller Privatschulen. Geht es nach den UnterzeichnerInnen der Initiative, sollen Schulen mit freier Trägerschaft wie Montessorischulen und Waldorfschulen die gleiche finanzielle Unterstützung durch den Staat erhalten wie konfessionelle Privatschulen. Sie sehen nicht ein, warum Alternativschulen trotz Öffentlichkeitsrecht, der damit verbundenen staatlichen Anerkennung der Lern- und Lehrinhalte und innovativer Unterrichtsformen keine ausreichenden staatlichen Mittel erhalten und damit für Kinder aus sozioökonomisch schlechter gestellten Familien nur schwer zugänglich sind.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 14. Oktober 2009 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Bürgerinitiative dem Unterrichtsausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

9/BI "Anti-Mobbing-Gesetz" (18.06.2009)				
überreicht durch	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Walter PLUTSCH	18.06.2009	25.06.2009 14.10.2009 16.12.2009	BMASK (06.08.2009) BMWfJ (14.08.2009) BmI (26.08.2009) BKA (31.08.2009) BMJ (28.10.2009)	Zuweisung an: Justizausschuss

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Ziel dieser Bürgerinitiative ist die Verabschiedung eines Anti-Mobbing-Gesetzes. Geht es nach den UnterzeichnerInnen, sollen unter anderem Beweiserleichterungen für Opfer, hohe, von der Intensität des Mobbing abhängige Strafrahmen für Täter und eine Mindestverjährungsfrist von fünf Jahren verankert werden. Ebenso werden Entschädigungen für Mobbing-Opfer, der Widerruf ehrverletzender Äußerungen und Handlungen sowie verstärkte Präventionsmaßnahmen gefordert. Der Organisator der Bürgerinitiative, Walter Plutsch, vermutet, dass es österreichweit 2 Millionen Mobbing-Opfer gibt. Mobbing erfolge nicht nur am Arbeitsplatz, vermerkt die Bürgerinitiative, vielmehr würden bereits in Kindergärten, Schulen und Vereinen Mobbinghandlungen gesetzt.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 16. Dezember 2009 hat der Ausschuss einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Petition Justizausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

12/BI "Wir wollen mitbestimmen" - Bürgerinitiative für mehr Schüler/innenmitbestimmung und Schuldemokratie" (02.07.2009)				
überreicht durch	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Igor MITSCHKA	09.07.2009	14.10.2009 16.12.2009 19.01.2010	BMUKK (17.11.2009)	Zuweisung an: Unterrichtsausschuss

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Anliegen einer vom SchülerInnenverein "Coole Schule" initiierten Bürgerinitiative ist die Ausweitung der SchülerInnenmitbestimmung und der Schuldemokratie. Zu den Forderungen der UnterzeichnerInnen zählen unter anderem die verpflichtende Wahl von KlassensprecherInnen bereits in Volksschulen und von SchulsprecherInnen an allen Schulen sowie die Einführung eines Klassenrats in allen Schulklassen und eines Schulparlaments in allen Schulen als Ersatz für den Schulgemeinschaftsausschuss und das Schulforum. Im Klassenrat sollen die SchülerInnen dabei etwa den Erweiterungsstoff des Lehrplans und die Unterrichtsmethoden mitbestimmen dürfen. Im Schulparlament soll für jeden Beschluss eine Zweidrittelmehrheit unter den KlassensprecherInnen nötig sein. Nur wenn SchülerInnen Demokratie leben dürften, könnten sie auch Demokratie lernen, heißt es von Seiten der InitiatorInnen. Möglich wurde die Einbringung der Bürgerinitiative nicht zuletzt deshalb, weil das Alter für die Unterzeichnung von Bürgerinitiativen kürzlich von 18 auf 16 Jahre herabgesetzt wurde.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 19. Jänner 2010 hat der Ausschuss mit einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Petition dem Unterrichtsausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

16/BI "Demokratie macht Schule - MEINE MEINUNG ist nicht wascht!" (30.11.2009)				
überreicht durch	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Oliver MÖLLNER	03.12.2009	16.12.2009 19.01.2010		Zuweisung an: Unterrichtsausschuss

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Eine von der Österreichischen Schülerunion initiierte Bürgerinitiative zielt auf mehr Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern in Schulfragen sowie auf die Stärkung der Schulautonomie ab. Unter dem Titel "Demokratie macht Schule – Meine Meinung ist nicht wascht!" werden unter anderem Schülerparlamente auf Landesebene und ein österreichweites Schülerparlament, ein Kandidatenhearing im Schulgemeinschaftsausschuss bei Direktorenbestellungen sowie das Recht auf Einberufung von Schülervollversammlungen in der Oberstufe gefordert. Außerdem treten die UnterzeichnerInnen für eine ersatzlose Abschaffung der Bezirksschulräte, die Einrichtung von Bildungsdirektionen sowie mehr Verantwortung und Kompetenzen für die jeweiligen Schulstandorte ein. Schulreformen sollten gemeinsam mit den Betroffenen erfolgen, heißt es in der Begründung der Initiative, zudem könnte man durch mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten auch mehr Jugendliche für Demokratie begeistern.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 19. Jänner 2010 hat der Ausschuss mit einstimmig beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Petition dem Unterrichtsausschuss des Nationalrates zuzuweisen.

17/BI "Solidarität mit der Region Niederösterreich Süd - Für ein weiteres Erstaufnahmezentrum im Süden Österreichs zur Entlastung von Traiskirchen" (10.12.2009)				
überreicht durch	Zuweisung	im Ausschuss behandelt am	Stellungnahmen	Art der Erledigung
Fritz KNOTZER	11.12.2009	16.12.2009 19.01.2010	BMI (15.01.2010)	Zuweisung an: Ausschuss für innere Angelegenheiten

Zu den Anliegen dieser Bürgerinitiative:

Der Bürgermeister der Gemeinde Traiskirchen, Fritz Knotzer, hat eine Bürgerinitiative zur Errichtung eines weiteren Erstaufnahmezentrums für Asylwerber in Österreich gestartet. Ein solches neues Zentrum im Süden des Landes würde das Lager Traiskirchen entlasten, halten er und die weiteren UnterzeichnerInnen fest und mahnen Solidarität mit der Region Niederösterreich Süd ein. Unterschrieben wurde die Bürgerinitiative auch von den SPÖ-Abgeordneten Otto Pendl, Hannes Weninger und Peter Wittmann.

Beschluss:

In seiner Sitzung am 19. Jänner 2010 hat der Ausschuss mit Stimmenmehrheit beschlossen, die Präsidentin des Nationalrates zu ersuchen, diese Petition dem Ausschuss für innere Angelegenheiten des Nationalrates zuzuweisen.

In den Debatten zu diesen Bürgerinitiativen und Petitionen meldeten sich folgende Abgeordnete zu Wort:

Sonja **Ablinger**, Mag. Gertrude **Aubauer**, Mag. Christiane **Brunner**, Mag. Katharina **Cortolezis-Schlager**, Anna **Franz**, Hermann **Gahr**, Mag. Kurt **Gaßner**, Johann **Hechtl**, Johann **Hell**, Anna **Höllerer**, Mag. Dr. Beatrix **Karl**, Dietmar **Keck**, Kai Jan **Krainer**, Hermann **Krist**, Ulrike **Königsberger-Ludwig**, Dr. Gerhard **Kurzmann**, Hermann **Lipitsch**, Mag. Rosa **Lohfeyer**, Stefan **Markowitz**, Leopold **Mayerhofer**, Edith **Mühlberghuber**, Mag. Daniela **Musiol**, Jochen **Pack**, Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang **Pirkhuber**, Ewald **Sacher**, Dorothea **Schittenhelm**, Johannes **Schmuckenschlager**, Mag. Judith **Schwentner**, Johann **Singer**, Dr. Wolfgang **Spadiut**, Gerhard **Steier**, Erich **Tadler**, Gabriele **Tamandl**, Bernhard **Vock**, Dr. Harald **Walser**, Hannes **Weninger**, Tanja **Windbüchler-Souschill**, Dr. Susanne **Winter** sowie die Vorsitzende des Ausschusses Ursula **Haubner**.

Ein in der Sitzung des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen am 16. Dezember 2009 eingebrachter Antrag der Abgeordneten Mag. Rosa **Lohfeyer**, Anna **Höllerer**, Dr. Susanne **Winter**, Ursula **Haubner** und Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang **Pirkhuber** auf Abhaltung eines Hearings gem. § 100b Abs.1 Z 2 in Verbindung mit § 40 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Nationalrates zu den Bürgerinitiativen 12/BI und 16/BI wurde einstimmig angenommen. Dieses Hearing fand in der Ausschusssitzung am 19. Jänner 2010 unter Beteiligung von folgenden Auskunftspersonen und Experten statt:

Pia **BAUER** (Bundesschulsprecherin) Österreichische Bundesschülervertretung

Oliver **MÖLLNER** (Bundesobmann) Österreichische Schülerunion

Igor **MITSCHKA** - überparteilicher SchülerInnenverein "Coole Schule"

Mag.a Eva **SCHOLIK** (Vorsitzende der AHS-Gewerkschaft) – Gewerkschaft Öffentlicher Dienst

Dr. Gerald **NETZL** (Vorsitzender d. Österr. Verband der Elternvereine an öffentlichen Pflichtschulen) – Elternbeirat

Kurt **NEKULA** – Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur

Iris **SCHWARZENBACHER** (Vorsitzende AKS)

Andreas **BERGER** (Internationaler Sekretär AKS)

Maria **SMAHEL** (Katholischer Familienverband Österreich)

Nico **MARCHETTI** (Landesobmann Wiener Schülerunion)

Bundesrätin Monika **MÜHLWERTH**

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Walter **ROSENKRANZ**

Elisabeth **SCHAFFELHOFFER-GARCIA MARQUEZ** (Netzwerk Kinderrechte)

An der Debatte im Hearing beteiligten sich die Abgeordneten Mag. Katharina **Cortolezis-Schlager**, Johann **Hell**, Anna **Höllerer**, Mag. Rosa **Lohfeyer**, Elmar **Mayer**, Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang **Pirkhuber**, Dr. Wolfgang **Spadiut**, Bernhard **Vock**, Dr. Harald **Walser**, Tanja **Windbüchler-Souschill**, Dr. Susanne **Winter** sowie die Vorsitzende des Ausschusses Ursula **Haubner**.

Zur Berichterstatteerin für das Haus wurde Abg. Anna **Franz** gewählt.

III. Ausschussantrag

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle den gegenständlichen Bericht hinsichtlich der Petitionen Nr. 5, 14 bis 18 und 20 bis 37 sowie der Bürgerinitiativen Nr. 5 bis 13 und 15 bis 17 zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2010 01 19

Anna Franz

Berichterstatteerin

Ursula Haubner

Obfrau